

über den genommenen Recurs Entscheidung getroffen habe, zu sistiren.

1. Wegfall der Declarationen über lutherischen oder reformirten Bekenntnißstand einzelner Gemeinden und ganzer Kirchenkörper.
2. Aufhebung der eidlichen Verpflichtung der Geistlichen, Kirchenvorsteher und Synodalmitglieder auf die Bekenntnißschriften und Erziehung derselben durch ein einfaches Gelöbniß der Kreue gegen die vorher

forderten Volkskirch sich zusammenfinden und aller Zwist sich lösen
dem gemeinsamen Bekenntniß: „Nur Einer ist unser Meister, Er
ir aber sind alle Brüder“.

Prof. Tippius = Jena tritt nach halbstündiger Pause als zweiter N

über die Bekenntnisfrage auf. Er will zu einer Verständigung über die praktischen Ziele des Protestantentums beitragen, ohne Hoffnung freilich, eine solche auch mit dem eigentlichen Confessionellen zu erzielen, z. B. „dem welschen Consistorium der lgl. preussischen Provinz Hannover“ und der Firma „Kieffert und Comp.“, aber doch z. B. mit der theologischen Fakultät Halle und dem Kirchentage unter Vorsitz eines Herrnmann. Diese Verständigung müsse erfolgen im Wege der Anerkennung des Rechtes, der Gleichberechtigung der liberalen Elemente in der evangelischen Kirche neben den Orthodoxen, nicht der Vorranghaft oder gar der Alleinherrschaft der Einen oder der Andern. Man halte jenen vor, wenn sie sich mit dem Bekenntnis der lutherischen Kirche nicht in Uebereinstimmung wüssten, bleibe ihnen nichts übrig, als aus derselben auszuscheiden, widrigenfalls die auf dasselbe vereideten Geistlichen ihr Geldlohn mit Füssen träten. Aber der Maßstab, mit dem die Gegner des Protestantentums dessen Anhänger maßen, sei unanwendbar. Eine Verpflichtung auf die Bekenntnisse sei weder vom evangelischen Standpunkt aus zulässig, noch aus der Geschichte zu verdeutlichen, oder mit den sittlichen Aufgaben der Gegenwart vereinbar. Freilich betrachte die orthodoxe Partei die Bekenntnisse als Gesetz, nicht als menschliche, sondern als göttliche Gesetze, aber das sei katholisch. Dasselbe Recht, das die Reformation gegenüber den Anschauungen des Mittelalters gehabt, das nehme auch der Protestantentum in Bezug auf die Bekenntnisschriften in Anspruch. Freilich nach katholischer Ansicht ist jeder Abfall vom Bekenntnis ein Abfall von der Kirche selbst, aber das widerspricht eben dem ganzen Charakter der Reformation. Andererseits ist allerdings die Lehre unserer Kirche in den Bekenntnisschriften niedergelegt, aber es fragt sich, ob ihr Inhalt ein Gut ist. Ferner ist die buchstäbliche Verpflichtung auf die Bekenntnisschriften nicht bloß nach den eigentlichen Grundgedanken der Reformation, sondern sie ist auch geschichtlich unmöglich. Eine freiere Auffassung derselben war das notwendige Erzeugnis der geschichtlichen Entwicklung. Soll man jetzt wieder zurückgehen auf die Lehren des 16. Jahrhunderts? Wenn man sieht, wie die Führer der sogenannten rechtgläubigen Partei selbst Umformungen auf allen Seiten unternehmen, so beärgt man, daß buchstäbliche Festhalten eine geschichtliche Unmöglichkeit ist. Und wenn nicht einmal die Confessionellen einig sind, wie will man es dem Protestantentum wehren, den Inhalt der Bekenntnisschriften nach seinen Grundgedanken zu bestimmen? Auch die heilige Schrift als solche kann die Grenzen der evangelischen Lehrfreiheit nicht ohne weiteres bestimmen. Was die religiöse Forschung auch in der Schrift als menschliche, nicht göttliche Wahrheit erkennen muß, daran darf man das Gewissen nicht binden wollen. Wir werden dadurch beschränkt auf die in der Schrift niedergelegten Grundwahrheiten und Grundhaltungen. Die supernaturalistische Anschauung vollends kann ebenso wenig maßgebend sein, denn diese Anschauung theilt das Christentum mit anderen Religionen und darin kann doch nicht ihr Wesen liegen. — Zum Schluß wendet Redner einen Blick auf das Streben der freien Theologie nach Gleichberechtigung und bezeichnet die Neigung und Verdrängung dieser Grundsätze als einen Bruch mit der gesamten religiösen Entwicklung unserer Völker, der zur Auflösung der großen Kirchengemeinschaften in Secten führen müsse. Wenn die Kirche die religiöse Entwicklung eines Volkes repräsentieren solle, so müsse man die Bekenntnisschriften fahren lassen und dafür die Volkskirche wählen. Dabei entwickelt Redner im Einzelnen die Hauptgründe einer solchen Kirche, wie sie die freie Theologie herbeiführt und läßt dabei einige praktische Folgerungen, die sich hieraus ergeben, und sich auf § 4 der Bekenntnisse beziehen.

Der Redner beendet seinen 1½stündigen Vortrag unter lebhaften Beifallsäusserungen und hierauf wurde die allgemeine Discussion über die Theesen eröffnet, in welche zuerst Pastor Spiegel-Dönabrid eintrat. Nach einer geschichtlichen Ausführung, daß nach den Beschlüssen der Dönabrider Synode über die Bekenntnisfreiheit gerade hier für die Bekenntnisfrage classischer Boden sei, bemerkt er, daß § 2 der Theesen ihm noch zu schwach sei; denn der Bekenntniszwang habe geradezu einen Corruptionszustand geschaffen.

Der Reichstags-Abgeordnete Dr. Mayer-Thorn betont, daß der deutsche Staat in seinem Kampfe gegen die ihn bedrohenden feindlichen Gewalten nicht Sieger bleiben werde, wenn er nicht die Erklärungen des Protestantentages zur seinigen mache. Er hofft, ja er verlangt sogar im Namen des deutschen Volkes, daß der Staat aus dieser Erklärung Veranlassung finden möge, der Sache näher zu treten, denn nur in diesem Zeichen könne er siegen. (Bravo!)

Prof. Baumgarten-Moskoff giebt auf's Neue dem Bedauern über das Benehmen des Landes-Consistoriums Ausdruck. Aber der Schmerz, den er darüber empfinde, daß der Protestantentum aus diesem Schritt nicht als Sieger hervorgegangen, werde reichlich aufgewogen durch die guten und freundlichen Erfahrungen, die er daneben auf diesem Protestantentag erlebt. Zu der vorliegenden Erklärung insbesondere bemerkt er, daß er die Fassung derselben und die Art, wie dieselbe zu Stande gekommen, als eine glückliche bezeichne. Zum Schluß fordert er namentlich die Laien auf zur Begutachtung der Erklärung und zur Vertretung derselben durch die That.

Folgerichtig-Anwalt Ohly-Darmstadt drückt im Hinblick auf den nach Worms gefandenen Gruß die Sympathie der dort Versammelten mit den Bestrebungen des Protestantentags aus und verlangt dann in längerer Ausführung und Schilderung der Verhältnisse in Hessen als Zusatz zu 4, 1 das ausschließliche Entscheidungsgewalt der Gemeinden über ihren Bekenntnisstand.

In holländischer Sprache (verdeutsch von Pastor Hirsch) begrüßt sodann Barrer de Meysser aus Rotterdam die Versammlung und spricht einige Bedenken gegen § 3 Abs. 1 aus.

Parrer Kling-Köln bringt Grüße von Baiern und spricht seine Freude über die Erfolge des Protestantentages aus.

Pastor Kradolfer-Bremen fordert auf, dazu beizutragen, daß die Erklärung auch praktisch ins Leben trete, und richtet die Aufforderung hierzu insbesondere an die Laien.

Der Vorsitzende Bluntzli verliest hierauf noch einmal die bereits mitgetheilte Erklärung, bemerkt, daß es nicht im Sinne derselben liegen könne, irgend Jemand auf ihren buchstäblichen Inhalt zu verpflichten und fragt darauf, ob die Versammlung im Wesentlichen damit einverstanden sei. Die Erklärung wird sodann einstimmig angenommen, als Ort des nächsten Protestantentags Leipzig bestimmt und mit einigen dankenden Worten für Einwohner und Magistrat der Stadt Dönabrid, und dem Bemerkten, daß der Protestantentum ohne Furcht seinen ruhigen Weg forsetzen werde, erklärt der Vorsitzende die Verhandlungen des Protestantentags um 4¼ Uhr für geschlossen.

Kassel, 30. Septbr. [Der Kurfürst.] In der letzten Nummer der „Heftischen Blätter“ wird entgegenstehenden Gerüchten gegenüber versichert, daß weder Seitens des Königs von Hannover noch Seitens des Kurfürsten von Hessen „auch nur das Allermindeste“ geschehen sei, um gelegentlich der Kaiserzusammenkunft für ihre gerechten Ansprüche möglicher Weise etwas zu erreichen.“ Seitens des Kurfürsten schon deshalb nicht, „weil er auf seinem vollen und ganzen Recht bestesse und darum selbst eine Aufforderung, als Mitglied des jetzigen deutschen Reiches seinen Thron wieder einzunehmen, zurückweisen würde.“ (So schlimm wird's doch nicht sein? D. R.)

© Dresden, 2. October. [Die Socialdemokraten.] Es ist eine über allem Zweifel stehende Thatsache, daß die Reichsfreundschaft in den deutschen Kleinstaaten, dank der Haltung Preußens, eminente Fortschritte gemacht hat. Alle Versuche der particularistischen Parteien, dem preussischen Willen einen Stachel zwischen die Beine zu werfen, erwiesen sich bisher als ohnmächtig. Das Glas, welches Herr von Vasser in Baiern gemacht und die Ernennung des Herrn Hoffmann zum Minister in Darmstadt sind bereite Zeugen davon. Auch bei uns in Sachsen sind die Particularisten so kleinlaut geworden, daß man sie am nächsten Tage mit der Laterne suchen kann. Nur die Socialdemokratie betrachtet heute noch den „Preußenhaß“ für eine gute Handhabe zur Erreichung ihrer Zwecke und für ihre ausschließliche Domäne. Jeder Fall, und sollte er mit Haaren herangezogen werden, muß ihren Zwecken dienen. So ist jetzt der Expedient Knieling im „Volkboten“ wegen Verbreitung sträflicher Schriften zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt und trotz eines Gesuches an den König nicht begnadigt worden. Es ist wahr, Sachsen geht scharf gegen die Socialdemokraten vor, aber nicht minder ist es wahr, daß diese Herren hier einer Freiheit auftreten, wie in keinem anderen Staate, so daß es der Regierung nicht verargen kann, wenn sie sich nicht länger der Nase herumspielen läßt. Ob sie dabei ein Theil der Schuld trägt, ist eine andere Frage. Sie konnte längst ein wachsameres Auge auf die socialistischen Bestrebungen richten und mußte vor allen nicht dulden, daß Männer, die in Staatsämtern sind, die

Pfeile für jene Partei schnitten. Dadurch wurden die Socialisten zu dem Glauben veranlaßt, die Regierung billige im Geheimen ihr Treiben; jetzt freilich lehren die Urtheilsprüche der Gerichte das Gegentheil.

München, 1. October. [Das Ministerium. — Octoberfest. — Landwirthschaftliche Versammlung. — Schuhmachertag.] Mit der Ernennung eines Finanzministers ist nun endlich die Ministerfrage auf einige Zeit wenigstens beseitigt und bleibt jetzt nur abzuwarten, wie Herr v. Pfreßchner und Herr Berr sich in ihren neuen Rollen zeigen werden. Letzterer, seither Ministerialrath und Bevollmächtigter Baierns beim Bundesrathe, tritt heute sein Amt an, ist ein Mann von etwa 47 Jahren und der Sohn eines (bereits verstorbenen) Landrichters aus Aub in Unterfranken. Von 1844—1848 studirte er in Würzburg Jurisprudenz, trat nach dem Staatsconcurs bei der General-Zolladministration in Function, wurde 1856 Hilfsarbeiter im Handelsministerium und später Oberzollamts-Assessor. Nach dem Austritt der Vereinscommissäre von Reichert und Gernig wurde er als Nachfolger derselben designirt und gleichzeitig zum Ministerialrath und zum Mitglied des Bundesraths in Berlin erwählt. In der jüngsten Zeit befand er sich in der Pfalz, um Erhebungen bezüglich der Tabaksteuer zu machen. Ob seine Wahl zum Finanzminister und Nachfolger des Herrn v. Pfreßchner eine glückliche war, soll sich, wie gesagt, erst erweisen, da er selber noch nicht in der eigentlichen Finanzbranche gedient hat. Wenn bei Herrn Berr Fähigkeit und guter Wille als feststehend vorausgesetzt wird, das ihm unterstellte Departement auch mit Umsicht und zum Wohle des Landes leiten zu wollen, so ist eine ähnliche Voraussetzung bei unserem neuen Leiter des Auswärtigen weniger sicher. Herr v. Pfreßchner hat die seitbisherige hinreichend erkannte kühne Schaufel-Politik vollkommen gebilligt. Seine Ernennung besagt also nichts anderes, als eine „Wiederherstellung des früheren Zustandes“, womit der Noth des Landes aber durchaus nicht abgeholfen ist. Denn nimmermehr wird doch Jemand behaupten wollen, daß eine gesunde Fortentwicklung eines Staatswesens denkbar sei, in welchem eine Partei ihren Gegnern die Lenkung des Staatsruders unmöglich machen kann, während sie selbst regierungsunfähig ist. Die Regierung muß mit der Majorität der Landesvertretung übereinstimmen und deshalb ist es, um der drückenden Lage Baierns endlich ein Ende zu machen, nöthig, daß das Ministerium autorisirt wird zu dem Versuch, den Zwiespalt zwischen Regierung und Landesvertretung durch eine Kammerräufung zu beseitigen. An der Hand des bestehenden Wahlgesetzes und bei der durch die jüngst vergangene „Gasserei“ im Lande hervorgerufene Stimmung dürfte es wohl kaum schwer halten, der ultramontanen Partei die jetzt noch immer festgehaltene Majorität zu entreißen. Hätte unser Ministerium den guten Willen hierzu gehabt und nicht nach allen Seiten hin geliebäugelt, dann würde auch die Möglichkeit vorhanden gewesen sein, das ganze Ministerium nach der liberalen Seite hin zu ergänzen und zu einem wirklich gedeihlichen Fortschritt in unserer inneren Gesetzgebung, namentlich im Cultuswesen zu kommen, wodurch eben der schädliche clericalle Einfluß nur allein gebannt werden kann. Hat Herr v. Pfreßchner den guten Willen und die Kraft dies durchzuführen? Leider genügt es hierzu nicht, lediglich ein aufgeklärter Mann zu sein, der allerdings zu ehrenwerth ist, als daß er an geschlossenen Verträgen je etwas abzumäßen bemüht sein sollte — er muß eben auch eine feste energische Willenskraft besitzen und die — fehlt. Seinem bisherige Verhalten zufolge muß wenigstens das Vorhandensein der erforderlichen Kraft und Energie verneint werden, weshalb auch dieses Ministerium nur eine vorübergehende Dauer haben dürfte, da es eben im Lande keine Stütze findet: weder von rechts noch von links und erträgt uns aus diesem Grunde nur der Wunsch, daß es bald einem anderen und besseren Platz machen möge! — Am Sonntag fand, vom schönsten Wetter begünstigt, die Eröffnung des Octoberfestes statt und hatten sich aus allen bayerischen Gauen mindestens 60- bis 70,000 Menschen auf der Theresienwiese versammelt. Leider wurde die Hoffnung der Mehrzahl, den König bei der Gelegenheit zu sehen, nicht erfüllt, denn — der Kaiser fesselte ihn ja an's Zimmer! Natürlich fehlte unter solchen Umständen auch das gesammte hier anwesende diplomatische Corps. Daß in Folge dessen manch bissige Bemerkung selbst von im Uebrigen hyperloyalen Baiern gemacht wurde, war nicht zum Verwundern. Die Königstribüne machte wegen ihrer Leere und im Vergleich zu den rundum dicht gefüllten magistratischen Tribünen in Wahrheit einen traurigen Eindruck: 6—8 Staatsbeamte, einige Offiziere und ein paar Deputirte der land- und forstwirthschaftlichen Versammlung drückten sich gelangweilt zwischen den Preisfahnen u. herum und zeigten ersichtlich den Wunsch, baldmöglichst wieder fortzukommen. Das schöne Volksfest verliert immer mehr und dürfte wohl bald ganz und gar der Geschichte angehören. Zur Vertiefung gelangten 4 goldene und 32 silberne Vereinsmedaillen für erfolgreiche und verdienstvolle Bestrebungen der Beamten, Geistlichen, Lehrer, Culturingenieure u. zur Förderung der Landwirthschaft. An dem im Laufe des Nachmittags abgehaltenen „Rennen“ theilnahmen sich 19 Pferde. An Preisen für das Pferde-Rennen wie für das zur Ausstellung gelangte Hornvieh wurden 24 Becher und 50 Fahnen vertheilt. — Gestern fand die Central-Zahresversammlung der landwirthschaftlichen Vereine Baierns im hiesigen Gebäude des landwirthschaftlichen General-Comitès statt, welcher auch Prinz Ludwig anwohnte. Nach Verlesung des Jahresberichts des General-Comitès gab Professor Lehmann als Einleitung zu der Frage: „Welchen Nutzen gewähren die agricultur-chemischen Versuchstationen für die landwirthschaftliche Praxis und welche Wünsche haben die ausübenden Landwirthe in dieser Beziehung?“ einen kurzen Bericht über die bisherigen Leistungen der Münchener Versuchstation. Zur Verwendung in der Landwirthschaft wurde besonders das Steinleifalz zur Viehfütterung empfohlen, doch konnte aus steueramtlichen Rücksichten eine wohlfeilere Abgabe desselben noch nicht erzielt werden. — An dem gestern hier abgehaltenen „ersten bayerischen Schuhmachertage“ nahmen ca. 700 Personen, darunter 531 bayerische, württembergische und badische Meister Theil. Die ganze Versammlung war von der dringenden Nothwendigkeit einer Vereinigung der nord- und süddeutschen Schuhmacher fest überzeugt und beschloß dies auf alle nur mögliche Weise anzustreben und zugleich die Errichtung einer, französische und englische Moden ausschließenden und nur deutsche fördernden sog. „Mode-Akademie“ im Auge zu behalten. Weiter wurde beschlossen, möglichst zahlreiche Schuhmacher-Vereine unter einheitlicher Leitung ins Leben zu rufen und in Berücksichtigung des fortwährenden Aufschlags des Rohmaterials die Arbeiten künftig in folgender Weise zu berechnen: zum Preise des Rohmaterials wird das Arbeitslohn gerechnet und hierzu wiederum als Entschädigung für die verwendete Arbeitszeit 33 1/3 pCt. der Gesamtsumme in Anrechnung gebracht. Die Borgfrist wurde als den Meistern nur nachtheilig hingestellt und für die Fälle, in denen dieselbe aus gleichviel welchen Gründen nicht vollständig aufgehoben werden kann, eine Maximalfrist von 3 Monaten festgesetzt. Zur „Arbeiterfrage und den Lohnverhältnissen zwischen Meister und Gehälfen“ wurde beschlossen, die Ausarbeitung eines, den Zeitverhältnissen Rechnung tragenden Lohn-Tarifs dem Centralauschuß in Stuttgart zu überweisen, bezw. diesen zu beauftragen, die Arbeiterverhältnisse in die Hand zu nehmen und zu erledigen. Hierbei wurde einstimmig anerkannt, daß die Löhne zwar

im Allgemeinen niedriger als in Norddeutschland steh, doch aber lediglich die Vergnügungssucht der jungen Leute an ihrer drückenden Lage schuld sei; sie stürzten sich, weil sie in Folge dessen weniger arbeiteten und auch weniger verdienten, in Schulden und gelangten endlich zu den Stricks. Sämmtliche Vertreter bayerischer Städte kommen heut Abend privatim zusammen, um dem Comité Aufschluß über die in den einzelnen Orten bestehenden Lohnverhältnisse zu geben und ihm derart bei Abfassung des Tarifs die Möglichkeit an die Hand zu geben, den allseitig obwaltenden Verhältnissen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Ein sehr wichtiger Punkt der Tagesordnung war ferner „die Lehrlings-Verhältnisse und ihre Heranbildung“ und wurde beantragt und beschlossen, daß jeder Lehrherr verpflichtet sei, ohne Vertrag keinen Lehrling aufzunehmen, daß die Lehrlinge nicht mehr zu außergesellschaftlichen Arbeiten verwendet werden dürfen und endlich verpflichtet seien zum Besuch der Fortbildungsschulen, sowie daß gewerbliche Unterrichtsbücher zur besseren Ausbildung der Lehrlinge in gewerblicher, moralischer und sanitärer Beziehung eingeführt werden. Besonders und anerkannt fleißige Lehrlinge sollen endlich sei es durch Gelddarlehne sei es durch Diplome von Zeit zu Zeit prämiirt werden. Gegen den „täglichen empfindlichen werdenden Mangel an Lehrlingen“ vermochte die Versammlung keine, allseitige Billigung findenden Mittel in Vorschlag zu bringen. Zum Schluß wurde noch die gänzliche Abschaffung der nur demoralisirend wirkenden Sonntagsarbeit beschlossen, womit man zugleich dem sog. „Blaumontag“ ein Ende zu machen hofft. Nach Schluß der Debatten gab der Vorsitzende ein Telegramm aus Karlsruhe bekannt, in welchem derselbe ersucht wird, Namens des Absenders ein Hoch auf die Versammlung auszubringen. Der Vorsitzende kam diesem Ansinnen nach und brachte denn in Folge Aufforderung desselben auch richtig die ganze Versammlung ein dreimaliges Hoch auf sich selbst aus! Ein Hoch auf die „Schuhmacherfrauen“ schloß diesen „ersten bayerischen Schuhmachertag.“

Aus Baden, 1. Octbr. [Zur Reise des Kaisers. — Wittgänge.] Auf der Reise nach Baden-Baden wurde Kaiser Wilhelm in Heidelberg am letzten Sonnabend von dem preussischen Gesandten Grafen Flemming empfangen, der demselben bis dahin entgegengefahren war und Sr. Majestät den am Bahnhof anwesenden Stadtdirector und einige andere Herren vorstellte, mit denen sich der Kaiser während der kurzen Zeit des Aufenthaltes freundlichst unterhielt. Von Frankfurt aus war ein Mitglied der Direction der Main-Neckarbahn mit dem kaiserlichen Extrazuge gefahren. Da jeder Empfang verboten war, so begrüßte in Karlsruhe nur General v. Werder den Kaiser. Alle, welche den hohen Herrn zu sehen Gelegenheit hatten, konnten sich seines rüstigen und vortrefflichen Aussehens erfreuen. Zur Feier des Geburtstages der Kaiserin fand vorgestern Abends musikalischer Zapfenstreich statt, gestern Morgens Choralmusik vom Rathhauschthum, Mittags Gala-Parade durch General v. Werder. Das Rathhaus, die Post, Telegraphenbureau, die Wohnungen der Generale waren besetzt. — Auf den 6. d. M. sind im Seckreise zwei allgemeine Wittprocessionen „für die hartbedrängte katholische Kirche im neuen Deutschen Reich und den heiligen Vater“ angesetzt und letzten Sonntag von den Kanzeln verkündet worden, die eine nach Schönen, die andere nach der Wallfahrtskirche Engelwies bei Meßkirch. Sollte es keiner Zufall sein, daß diese Wittgänge mit der großen französischen „nationalen“ Wallfahrt nach Lourdes zusammenfallen? (R. 3.)

Strasburg. [Friedrich Hartmann.] Aus dem Ober-Elsaß wird der „Karlsru. Z.“ geschrieben: Die mächtigste Stütze der freisinnigen Partei in diesem (dem Münster-) Thale ist der Maire oder, wie es vom 1. October ab heißen wird, der Bürgermeister Friedrich Hartmann in Münster, früher Deputirter zur Pariser Nationalversammlung, einer der vier Gebrüder Hartmann, deren Familie die Wohlhabenheit und die industrielle Entwicklung dieser Gegend begründete. Eine ganze Reihe nützlicher und Wohlthätigkeits-Anstalten in und um Münster zeugen von dem menschenfreundlichen Thun und Schaffen dieser Familie, in der gleichzeitig politischer und religiöser Freisinn traditionell ist. Den confessionellen Fanatikern ist demgemäß diese Familie und vor Allem Maire Friedrich Hartmann, ein Mann in den angehenden fünfzigsten, ein Dorn im Auge. Um nun demselben recht empfindlich zu schaden oder ihn doch zu ärgern, hatten die Ultramontanen im Münsterthale einen gewissen Leon Leroy gewonnen, um in der „Liberte“ gegen Hartmann auszusagen, daß derselbe u. A. den Prinzen Friedrich Carl bei dessen Anwesenheit in Münster kriecherisch bewillkommt, ein Gleiches bei dem Grafen Moltke verbrochen hätte und überdies bei dem Verkauf der Zweigbahn Colmar-Münster ein tüchtiges Stück Geld verdient habe. Hr. Hartmann weist nun an der Hand der Thatfachen in einem Antwortschreiben an den Herausgeber der „Liberte“ nach, daß Prinz Friedrich Carl nie in Münster war, daß er von der Anwesenheit Moltke's in Münster erst erfährt, als dieser schon wieder abgereist war, und daß der Eisenbahnverkauf ein rechtmäßiges Geschäft der Gemeinde ist, dessen Vortheile oder Nachtheile aus den Büchern zu ersehen sind. Außerdem aber tritt Herr Hartmann in seinem Entgegnungsschreiben mit solcher Festigkeit und Bestimmtheit für geistige und sittliche Befreiung des Volkes auf; er weist den Lügern, die ihn verleumden, mit solcher Schärfe die Zähne und giebt dem Eigenthümer der „Liberte“ mit solcher Bestimmtheit zu erkennen, daß sie Frankreich im In- und Auslande entwürdigte mit ähnlichen Correspondenten wie jener Leroy, daß man vor dem Schreiber dieser Entgegnung die größte Hochachtung gewinnen muß. Hartmann spricht auch noch von dem weißen Schrecken, mit dem man die Nichtoptirten im Elsaß verfolgte; er weist nach, weshalb auch er nicht optirt habe, denn das Elsaß kann nur bei sich zu Hause existiren, und statt dieses beklagenswerthen Zerstückelns der einheitlichen Kräfte sollten sich im Gegentheil alle Besonnenen vereinen, um von der deutschen Regierung eine politische Verfassung zu erlangen, welche die weitmöglichste Freiheit der Bewegung gestatte. In der Freiheit des Unterrichts aber liegt für Deutschland wie für Frankreich die einzige Gewähr der socialen Ordnung. — Der Erklärung des Herrn Hartmann entnehmen wir noch folgende Stelle: „Was man auch sagen und thun mag, ich bleibe im Elsaß. Höhere Gründe haben dabei auf meine Ueberzeugung bestimmend eingewirkt. Es ist meiner Ansicht nach wesentlich, daß es auf der Welt ein Elsaß giebt, welches bestrebt ist, mitten in den schmerzhaftesten Prüfungen seine historische Persönlichkeit und seine provinzielle Physiognomie festzuhalten; ein Elsaß, welches auf die Zukunft hofft, aber in der Gegenwart leidet; das es versteht, sich seine Einrichtungen und seinen Charakter auch unter der eisernten Hand der Eroberung zu wahren, das auf deutscher Erde die großen Ueberlieferungen der französischen Demokratie hegt und pflegt; ein vom Unglück betroffenes Elsaß, das aber kräftig genug ist, um sich nicht selbst aufzugeben, ein Land voll Vertrauen in sein Schicksal, dessen einzelne Bürger mit Verzichtleistung auf jedes persönliche Interesse sich mühtig der Verteidigung der Autonomie ihres Landes weihen und der Behauptung der Rechte, welche durch diese Autonomie bedingt werden. Dieses Ziel im Auge, muß man frischen Muthes sich entschließen, Elsaß zu bleiben, um das Recht zu haben, von der deutschen Regierung politische Einrichtungen zu beantragen, welche uns gestatten, uns so frei wie möglich zu bewegen. Das Elsaß kann nur in der Heimath fortleben und mit schmerzlichem Bedauern sehe ich

die Zersplitterung seiner Kräfte in einem Augenblick, wo es sich darum handeln würde, sie fest zusammen zu schließen."

Deisterreich.

Wien, 3. October. [Nachdem in der Sitzung der Reichsraths-Delegation] der Präsident zunächst ermächtigt worden war, dem Kaiser anlässlich seines Namenstages die Glückwünsche der Delegation zu unterbreiten, wurde seitens des Delegierten Roster eine Interpellation an den Kriegsminister eingebracht wegen des Verhaltens des General-Commandos von Galizien in dem wegen Befestigung beim Assistentenwesen anhängig gemachten Strafverfahren (Proceß Karmetzin). Es begann darauf die General-Debatte über das Budget des auswärtigen Ministeriums. Carmer erklärte, daß er zu dem von Andrassy entwickelten Programme volles Vertrauen hege. Dels kritisierte vom nationalen und religiösen Standpunkte aus die von Andrassy zur Durchführung eines Programms namhaft gemachten Mittel, versicherte dabei indes, daß er damit dem Patriotismus Andrassy's in keiner Weise zu nahe treten wolle. Bei der sich anschließenden Special-Debatte führte der Dispositionsfond zu weiterer Discussion. Reichbauer, Glatka, Widenburg, Demel erklärten ihr volles Einverständnis mit Andrassy's Regierungsprogramm, Pölkharz ist der Meinung, daß der Dispositionsfond nur zur Unterdrückung panslawistischer Bestrebungen verwendet werden solle und daß derselbe deshalb überflüssig sei. Der Dispositionsfond wurde indes ohne Abstrich mit allen gegen 2 Stimmen Pölkharz's und Greuter's genehmigt und die übrigen Titel des Budgets für das auswärtige Ministerium wurden ohne jede Debatte angenommen.

Schweiz.

Genf, 28. September. [Die Führer der Ultramontanen] schreibt der „Bund“, haben ihre Sturmcolonnen noch nicht gebildet, trotz der so ziemlich unzweideutigen Drohungen. Die Trommel wurde noch nicht einmal gerührt. Die Demonstrationen gegen die beiden bekannten Staatsrathsbeschlüsse beschränkten sich bis zur Stunde auf stark nach Ignorantenthum riechende Maueranschläge und kleinere Versammlungen. Die Protestierenden nennen sich gleich von vornherein „Genfer und Katholiken“, damit man ja nicht vermuthet, daß sie beeinflusst seien von der zahlreichen französisch-legitimistischen Colonie, von Rom aus oder von irgend einer anderen Seite, wie wenn nicht Jeder-mann wüßte, wer diesen Leuten die Parole zukommen läßt! Sie sind offenbar derart überarrogant und ist ihr Feldzugsplan derart durchkreuzt worden, daß sie mit Mühe nach dem Gleichgewichte ringen. Der neue Operationsplan ist noch nicht ausgearbeitet oder aber höheren Ortes noch nicht sanctionirt worden. Wie er aber auch ausfallen und wie seine Verwirklichung in Scene gesetzt werden mag. Eines ist gewiß, nämlich, daß das ganze fieselnige Genf, abgesehen von Religions- und Confessionsunterschieden, den Schritt des Staatsraths durchaus billigt und daß derselbe unbedingt auf eine große Majorität zählen kann, sei es in einer allfälligen Abstimmung über einschlagende Gesetze, sei es auch — und diese Eventualität muß man immerhin im Auge behalten — zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei Anlaß von Gewaltacten. So dürfen also Staatsbehörden und Staat ruhig der Dinge harren, die da kommen sollen. Die Curie hat Genf seit langen Jahren als einen Hauptwaffenplatz benutzt, aus nahe liegenden und längst bekannten Gründen, und sie wird die Waffen nur im letzten Momente strecken. Die Behauptung dieses Terrains ist zu wichtig in dem längst vorbereiteten Feldzuge. Aus Genf, der Stadt Calvin's, ein zweites Rom machen! Welch ein Triumph! Welch eine Glorie für den regierenden Papst! Und dann erst die directe principielle Tragweite für den ferneren Kampf zwischen der Curie und den bürgerlichen Behörden, der Kirche und dem Staate! Und nun diese plägende Bombe, welche das wohlgefüllte Pulvermagazin in die Luft sprengt, die Combattanten in Verwirrung bringt und selbst den Ober-General, wenigstens momentan, kampfunfähig macht.

Frankreich.

* Paris, 1. Octbr. [Bei den Ersatzwahlen] wird sich, — so schreibt man der „R. Z.“, — die Regierung, — man hatte das Gegentheil gemeldet, — vollständig neutral verhalten. Der Minister des Innern hat nämlich an die Präfecten des Departements, in welchen diese Wahlen stattfinden, ein Circular gesandt, worin er erklärt, daß die Regierung sich weder für noch gegen irgend einen Candidaten aussprechen will. Er fordert die Präfecten auf, ebenso zu handeln, die Ordnung aufrecht zu erhalten, aber den Parteien alle Freiheit für die Discussion und die Organisation der öffentlichen Versammlungen zu lassen. Der Wahlkampf selbst scheint ein sehr lebhafter werden zu wollen. Die Candidaten sind zahlreich, da fast alle parlamentarischen Gruppen Candidaten aufstellen. Die republikanische Linke (der aus reinen Republikanern bestehende parlamentarische Verein) wird, wie sie auch bei den Ersatzwahlen vom 2. Juli 1871 that, ein Manifest an die Wähler erlassen. Dasselbe soll in den Journalen und als Broschüre erscheinen, welche letztere man in den Departements vertheilen wird, wo die Wahlen stattfinden. Das rechte Centrum (die Orléanisten) der Versammlung will auch einen thätigen Antheil an den Wahlen nehmen. Sie halten bereits Beratungen ab, und die Mitglieder, welche den Departements, wo nicht gewählt werden wird, angehören, werden sich dorthin begeben, um Propaganda zu machen. Diefelben werden dieses Mal sich nicht auf das monarchische Terrain stellen, sondern, wie es auch bereits der Herzog von Broglie in seinem Schreiben that, der Republik des Hrn. Thiers ihre Zustimmung geben, und in ihren Circularen sagen, daß es sich um einen Kampf zwischen den Conservativen und Revolutionären handle. Die Orléanisten haben besonders ihr Augenmerk auf die Departements Calvados, Orne und Indre et Loire geworfen, wo sie noch eine ziemlich große Zahl von Anhängern haben. Die Bonapartisten werden sich ebenfalls in mehreren Departements an dem Wahlkampfe betheiligen. Was die Legitimisten anbelangt, so stellen dieselben nur in Morbihan, jedoch auch ohne große Hoffnung, eine Candidatur auf. Welche Haltung das linke Centrum (die conservativen Republikaner) einnehmen werden, weiß man noch nicht genau. Ein Theil desselben — und diesen vertritt der „Soir“ — ist nicht abgeneigt, mit den Leuten vom rechten Centrum Hand in Hand zu geben, falls diese sich auf das Terrain der „conservativen Republik“ stellen. Jedemfalls wird die Haltung des linken Centrums viel von dem Entschlusse abhängen, welchen Thiers' Angebots des Aufstretens Gambetta's fassen wird. Bricht der Präsident mit dem Ex-Dictator und seiner Partei, wie es Casimir Perier und seine Freunde, der Kriegsminister de Cissey, der Gouverneur von Paris, General Admiral, und sogar Jules Simon (Unterrichtsminister) und Picard (Gesandter in Brüssel) seit drei Tagen mit Ungestüm verlangen, so wird man wahrnehmlich schon bei den Wahlen vom 20. October die beiden Centren zusammenwirken sehen. Bis heute Abend hatte der Präsident seinen Entschluß in dieser Hinsicht noch nicht kundgegeben. Seine Intimen sind vollständig gegen einen Bruch mit dem Ex-Dictator, und der Präsident, der zuerst ziemlich gereizt war, neigt zu diesen hin, seit er eine telegraphische Depesche — sie traf heute Abend im Elisee ein — erhielt, in welcher Gambetta mit großer Energie gegen die tollen Ideen protestirt, die ihm der Correspondent der „Daily News“ und nach ihm die royalistischen Blätter zuschreiben. Selbstverständlich verlangt Casimir Perier und sein Anhang von Thiers den

Bruch mit Gambetta nicht wegen der Wahlen am 20. October. Ihre Absicht geht dahin, den Präsidenten zu bestimmen, die Republik durch die jetzige Nationalversammlung, also mit Unterstützung des rechten Centrums, das dieselbe jetzt theilweise annimmt, definitiv zu constituiren, und nicht, wie es Gambetta will, und auch das officielle „Bien Public“ eine Zeit lang befürwortete, dieses bis zur Wahl einer neuen Versammlung zu verlagern. Der „Soir“, das Organ der Perieristen — es erkennt übrigens an, daß man die Tragweite der Rede Gambetta's übertrieben — enthält heute einen Artikel, um diese Projecte zu befürworten. Es bringt darauf, daß man nach der Rückkehr der Kammer die Frage betreffs der Constituirung Frankreichs sofort entscheide, da deren Lösung nach der grenobler Warnung nicht mehr vertagt werden dürfe. Die „Debats“, welche bekanntlich für die neubekehrten Republikaner die Broglie und Consorten eintreten, zeigen sich den Planen von Casimir Perier ebenfalls sehr günstig, und fallen zugleich mit großer Schärfe über Gambetta her. Sie meinen, daß, wenn die Doctrinen des Ex-Dictators zur Geltung kämen, es zum Bürgerkriege oder zu einem neuen Staatsstreich kommen müßte. Nun will aber Gambetta, daß man die Lösung der schwebenden Fragen der allgemeinen Abstimmung überlasse, und fordert letztere nun auf, daß sie die royalistischen Führer von der neuen Kammer ausschleife. Daß die „Debats“, falls die Radikalen siegen, mit einer Insurrection drohen, ist jedenfalls nicht klug, denn es entschuldigt im Voraus die Radikalen, wenn diese, sollten sie bei den nächsten Wahlen nicht siegen, wieder zu den Waffen greifen. Wie gesagt, weiß man noch nicht, welchen Entschluß Thiers fassen wird. Vielleicht erinnert er sich aber daran, daß er eines Tages in der Kammer sagte, daß in anderen Ländern die Radikalen ebenfalls schon an der Herrschaft gewesen seien, und es ist daher Aussicht vorhanden, daß er den geraden, legalen Weg aus Furcht, daß die Radikalen eine kurze Spanne Zeit aus Ruder kommen können, nicht verlassen und Frankreich wieder von der Bahn der Gesetzmäßigkeit abbringen wird, die es endlich betreten zu wollen scheint.

[Militärisches.] Der General Admiral, Gouverneur von Paris, empfing gestern die Offiziere des Corps des Generals Montaudon, welches das Corps des Generals Douay in Paris ersetzt, und hielt eine längere Ansprache an dieselben. Er drückte seine Befriedigung darüber aus, sich inmitten von Waffengefährten zu befinden, welche die letzten schweren und schmerzlichen Heimsuchungen Frankreichs mit ihm durchgemacht haben. „Sie werden nicht vergessen“ — so fügte er hinzu —, „daß die Armee heute der conservative Mittelpunkt ist und Sie werden bei Ihren Leuten die Mannszucht aufrechterhalten, ohne welche die für das Wohl des Landes heute so notwendige Ordnung nicht möglich ist.“ Der General wies außerdem darauf hin, daß die Armee sich um die Form der Regierung nicht zu bekümmern habe; ihre Mission sei, dem Gesetz Achtung zu verschaffen. Von den Angriffen gegen die Soldaten, die übrigens nicht so häufig seien, als man glaube, sprechend, forderte er die Offiziere auf, ihren Soldaten zu sagen, daß sie keine Insulte dulden dürften und daß die Militärbehörden es immer billigen werde, wenn sie der Uniform Achtung verschafften. Diese Aufforderung des Generals war jedenfalls unnütz, da die Soldaten schon brutal genug auftraten, wie mehrere Vorgänge in der letzten Zeit zur Genüge bewiesen haben. Daß die Angriffe gegen die Militärs keineswegs so häufig sind, wie die royalistischen Blätter behaupten, wurde übrigens schon mehrere Male nachgewiesen. Die officielle „Opinion Nationale“ sagt in dieser Beziehung: „Wir sind im Stande, zu erklären, daß die Nachrichten betreffs angeblicher Angriffe gegen die Soldaten nicht begründet sind; wir können außerdem behaupten, daß die Streitigkeiten zwischen Militärs und Bürgern nie so wenig zahlreich waren.“

Ueber die in Bourges projectirten militärischen Arbeiten bringt der „Courrier de Bourges“ nachstehende Details: „Das in der Nähe der Stadt bestehende Polygon wird ansehnlich vergrößert werden. Die militärischen Anstalten werden durch Fortificationen, die eine Art von Festungswinkel bilden sollen, geschützt werden. Im Kriegsministerium studirt man ein System, wonach Bourges ein Neg von vorgeschobenen Forts erhalten soll, wodurch es zu einer Festung ersten Ranges werden würde. Eine Festungs-Direction, analog der, welche in Metz bestand, wird in Bourges ihren Sitz haben.“

[Das Lager von Ruchard.] „L'Avenir Militaire“ enthält folgende Details über das Lager von Ruchard, welches das Armeecorps des Generals Chanzy, dessen Hauptquartier bekanntlich in Tours ist, aufnehmen soll. Dieses Lager wird ungefähr acht bis zehn Meilen von Tours, auf der Halbe von Ruchard, zwischen Azay-le-Rideau, Chinon und Sile-Ruchard, nächst der in der Ausführung begriffenen Eisenbahn von Tours nach den Sables d'Orne, über Brissart angelegt werden und wird einen Flächeninhalt von 1500 Hektaren einnehmen. Dasselbe kann somit einen hinreichend großen Schießplatz für die Artillerie enthalten, während die Mänsör außer dem Lager noch auf einer zum mindesten gleich großen Strecke von Heuboden und selbst in dem nahen Walde von Chinon abgehalten werden können. Diese ungeheure Fläche scheint wie eigens für die Anlage eines Lagers bestimmt zu sein und hat nur eine Schattenseite, nämlich einen vollständigen Wassermangel. Die Errichtung einer Maschine, um diesem Uebel abzuhelfen, wird ungefähr 200,000 Francs kosten.

[Zaidherbe.] Es ist nicht begründet, daß General Zaidherbe mit der Organisation der Reserve der activen Armee und der Territorial-Armee betraut werden wird. Wie die officiellen Blätter versichern, läßt es sein Gesundheitszustand nicht zu.

[Wegen der Schlägereien, die in Nantes bei der Rückkehr der Pilger von Lourdes statt fanden], hat die Regierung eine Untersuchung befohlen. Sie ist jedoch sehr aufgebracht über das Comité der nanter Pilger, an dessen Spitze der Bischof dieser Stadt steht, weil dasselbe sich in dieser Sache an die Permanenz-Commission gewandt hat, statt einfach seine Klagen bei der Behörde einzureichen. Wie die officiellen Blätter mittheilen, waren die Vorfälle in Nantes ohne alle Bedeutung und würden gar nicht statt gefunden haben, wenn das Comité es unterlassen hätte, die Politik mit ins Spiel zu bringen.

[Kirchliches.] Die Subscription, welche das Univers zu Gunsten des Pfarrers Mermillod in Genf eröffnet hat, beträgt bereits an 7000 Frs. — Der Cardinal Bonnehofe, Erzbischof von Rouen, hat dem Papst die Summe 104,000 Frs. überbracht, welche er in seinem Erzbisthum für ihn in der letzten Zeit sammelte.

Großbritannien.

E. C. London, 30. Septbr. [Zur Entscheidung des Genfer Tribunals.] Anknüpfend an die Rede des Schatzkanzlers in Glasgow macht die „Times“ ihrem Ersauern über die Ansicht des Ministers Lust, daß die Entscheidung des Genfer Tribunals nur an und für sich Bedeutung habe und nicht als Präcedenzfall für Englands Politik in Zukunft gelten könne.

„Was ist denn das wirkliche Ergebnis der ganzen Angelegenheit? fragt das leitende Blatt am Schluß. Wird denn die schiedsrichterliche Aburtheilung sofort ihren ganzen Werth verlieren und ad Acta gelegt werden, wie eine abgeworfene Sache oder ein geleiteter Roman, sobald wir die Entscheidung bezahlet haben? Können wir in Anbetracht, daß wir eingewilligt haben, die drei im Wahingtoner Vertrage vereinbarten Satzungen zur Richtschnur unseres künftigen Handelns zu machen, uns mit Herrn Lowe

über die Entscheidung des ersten Tribunals, dem wir die Erklärung in Anwendung dieser Satzungen zugewiesen haben, ohne Weiteres hinwegsehen? Können wir in der Folge sagen, daß zwischen uns und den Vereinigten Staaten pflichtschuldige Sorgfalt in Beobachtung jener Satzungen weniger bedeutet als das Wort in der Entscheidung des Genfer Schiedsgerichtes befragt? Noch weniger können die Vereinigten Staaten, welche sich heute die Erklärung des Schiedsgerichtes zu Nuzen machen, in künftigen Jahren sich weigern bei Erfüllung ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen zu unseren Gunsten dasselbe Maß kräftiger Initiative und Rücksicht auf mögliche Folgen anzuwenden, welches sie im gegenwärtigen Falle von uns zu fordern im Stande waren. Und liegt es in unserem Interesse, das wir das Gegentheil behaupten sollten?“

[Der Rücktritt des Lord-Kanzlers] und die Erhebung Sir Roundell Palmers an seine Stelle werden von den „Times“ näher besprochen. Wahrscheinlich wäre diese Veränderung, welche unter allen Umständen nur eine Frage der Zeit ist, schon früher erfolgt, wenn nicht Sir Roundell Palmer als Sachwalter Englands in Genf schwer zu erzeigen gewesen wäre. Das Schicksal Lord Hatberley's ist nämlich in einem Grade geschwächt, daß er nur noch im Stande ist erhöhten Druck zu lesen. Seine Ernennung war im übrigen auch vor Anfang an eine provisorische Maßregel gewesen. Sir Roundell Palmer, der sonst in jeder Beziehung mit der Politik des Ministeriums Gladstone übereinstimmt, war nicht im Stande sich Gladstone's Ansicht über die Nothwendigkeit der Abschaffung von Irlands Staatskirche zu eigen zu machen. Bekanntlich aber entbrannte gerade über diese Frage der Kampf bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1868 und die neue liberale Regierung mußte unbedingt einen Lordkanzler haben, der im Stande war aus ernster Ueberzeugung für die irische Kirchenbill im Oberhause einzutreten. Der damalige Richter im Kanzleihofe, Sir James Page Wood, war der richtige Mann dazu und besieg den Wollack. Heute ist seine Aufgabe gelöst und er kann dem im allgemeinen stärkeren Nachfolger Platz machen.

[Lordmayors-Wahl.] Am Sonnabend fand unter den üblichen Formalitäten die Wahl eines Lord-Mayors für die City of London statt. Sir Sydney Hedley Waterlow wurde, wie vermuthet, gewählt und wird am 9. November sein Amtsjahr antreten.

[Neues Freicorps.] Wie der „Manchester Guardian“ wissen will, hat der Marineminister, Herr Giffen, die Genehmigung zur Gründung eines neuen Freiwilligencorps gegeben, dem speciell die Vertbeidigung der Themse obliegen soll. Die Freiwilligen werden eine Marine-Uniform tragen und von regulären Offizieren auf Kanonenbooten, die auf der Themse stationirt sind, eingeeilt werden. Die Regierung wird auch Waffen unentgeltlich liefern.

[Strikes.] Der vielbesprochene Baderstrike existirt wirklich, aber in ganz unbedeutender Weise; nur 393 Badergesellen haben ihre Arbeit eingestellt. — Man wird sich noch des Strikes der Eisenbahnarbeiter auf der Old-Broad-Street-Station der London- und Nordwestbahn erinnern und des für die Strikenden ungünstigen Verlaufes. Viele Arbeiter konnten keine Beschäftigung finden und bereits zweimal sind mehrere auf Kosten des Vereins der Eisenbahnarbeiter nach Amerika geschickt worden. Dieser Verein zählt, obwohl noch sehr jung, doch bereits 24,000 Mitglieder, die in allen Theilen Großbritanniens und Irlands wohnen, und er verfügt über ein Capital von 20,000 Ltr. Am Sonntag fand eine Versammlung der Londoner Mitglieder dieses Vereins in Hyde-Park statt und mehr als 5000 waren zugegen. Es wurde beschlossen, einer dritten Gruppe von Eisenbahn-Arbeitern die Mittel zur Auswanderung nach Canada zu leihen. Auf diese Weise glaubt der Verein am besten den beschäftigungslosen Arbeitern wie seinen eigenen Zwecken dienlich zu sein, ohne die Fonds allzu sehr anzugreifen. Denn in den meisten Fällen werden die 6 Pfund, die jeder Auswanderer erhält, zurückerstattet werden. Durch die Auswanderung wird natürlich die Arbeit hier theurer werden und der Verein hofft dadurch in Zukunft eher einen Druck auf die Directoren ausüben zu können. Die Auswanderer hingegen können sicher sein, in Canada Arbeit zu finden, da dort großer Mangel herrscht. Diese Politik kann Niemand tadeln und wird als die praktischste wohl in Zukunft nachgemacht werden. — Die Kohlen-gruben-Arbeiter, wenigstens ein Theil der schottischen, sind doch besser, als wofür man sie in Anbetracht der durch sie verursachten Kohlennoth halten möchte, wenn die Nachricht wahr ist, daß, wie es heißt, die Kohlen-grubenarbeiter in Widdow die ihnen von den Kohlengrubenbesitzern angebotene Lohnerhöhung von 1 Sh. per Tag zurückgewiesen haben, weil die Besitzer seit der letzten Lohnerhöhung den Preis der Kohlen um 1 Sh. erhöht haben. Um nicht die Ursache der hohen Kohlenpreise zu sein, haben sie auf einem Meeting einstimmig beschlossen, die Kohlengrubenbesitzer zu erziehen, die Preiszuschläge sowohl als auch den Shilling zurückzunehmen. Ein solcher Vorgang gehört nicht zu den alltäglichen Ereignissen und leidet auch nicht zu den ganz glaublichen, und wir schließen daher die Verantwortlichkeit für die Wahrheit dieser Nachricht dem „Standard“ zu, dem wir dieselbe entnehmen.

Portugal.

Porto, 28. Sept. [Die Empörung in Angola.] Seit März dieses Jahres, schreibt man der „R. Z.“, sind die Dembos-Neger in Angola, der portugiesischen Besitzung in Westafrika, in offener Empörung, und nimmt diese Empörung, nach den neuesten Nachrichten aus der Hauptstadt Loanda vom 21. August, eine bedrohliche Gestalt an. Der Gouverneur von Angola hat sämtliche Truppen der Colonie zusammengezogen und sie unter dem Befehle der Obersten Almeida und Motta nach dem bedrohten Districte gesandt. Nach einigen kleinen Gefechten, in denen die Portugiesen keine Vortheile erzielten, griffen sie am 23. Juli die Neger, unter deren Häuptling Caguan-gongo, an. Es gelang ihnen, das verschännte Dorf zu verbrennen, doch mußten sie am 24. Juli vor einem Angriff Caguan-gongo's zurückweichen und verloren zwei Offiziere und zwanzig Mann an Todten und 400 Mann Verwundete. Am 27. Juli bedrohten die Neger in Folge ihres Sieges sogar Colungo-Alto, den Hauptort des Dembo-Districtes; glücklicher Weise langte jedoch an diesem Tage eine Abtheilung des 5. Jäger-Regiments in Colungo-Alto an und verhinderte die Einnahme des Ortes durch die Neger. Die zweite Abtheilung der Portugiesen, unter dem Befehle des Obersten Almeida, stand nach den letzten Nachrichten in Cabunga und war schon gänzlich abgeschnitten, als es ihr gelang, den Sanga-Fluß zu passiren, was unter großen Opfern bewerkstelligt wurde. Obgleich sich die Jäger tapfer behaupteten, ist die Lage der Truppen sehr precär, weil Krankheit und mangelhafte Verpflegung arge Verwüstungen unter ihnen anrichten. Die Dembos-Neger, unter ihren Häuptlingen Caculo-Cacabendo und Caguan-gongo, verfügen über einige Laufend bewaffnete Männer und suchen den Aufstand über die ganze Provinz auszudehnen. In Loanda war man einer Verschwörung auf die Spur gekommen, die hauptsächlich von Mulatten angezettelt war und die Losreißung der Colonie vom Mutterlande bezwecken sollte. Als Haupt-anstifter des Complottes wird ein gewisser Ruas bezeichnet, der gefänglich eingezogen wurde.

Amerika.

Mexico, Ende August. [Der Präsident. — Ministerielle.] Don Sebastian Lerdo hat sein Versprechen, das er bei der Uebernahme der Präsidentschaft im vorigen Monat ergab, ziemlich wörtlich gehalten, nämlich: Alles beim Alten zu lassen. Von einem Tage zum anderen erwartet man eine Aenderung in der Politik, die den massenhaften Uebelständen, die nachgerade in Suarez' 14-jähriger Verwaltung einge-griffen waren, steuern soll, aber Alles, wie gesagt, geht den alten Scheldrian weiter, als wenn Suarez noch unter den Lebenden wälte. Selbst die Minister, die sämtlich ihr Entlassungsgesuch einreichen, bleiben auf ihrem Posten. Hat die ausgeschriebene Amnestie auch zur Folge gehabt, daß die hauptsächlichsten Bandenführer ihre Waffen streckten, so ist doch im Allgemeinen wenig gewonnen, weil immer noch genug Strolche übrig bleiben, die durch gemeine Räubereien und im ganzen Lande verzweigt dem Aufkommen von Handel und Gewerbe sehr hinderlich im Wege stehen, wodurch die Beibehaltung des Herres auf dem Kriegsfusse bedingt ist, dem Staate vergrößerte Ausgaben verursachend. Schon sah sich Lerdo genöthigt, in der Hauptstadt eine Anleihe von 400,000 Pesos auszusprechen. — Geling es auch, größere Summe aufzubringen, so kann die Thatsache an und für sich nur einen traurigen Einblick in die finanzielle Lage liefern, desto weniger schmeichelt man sich mit der Hoffnung, daß am 13. October statt findenden Wahlen den Sieg davon bringt, daß er alsdann die ganze Energie, deren er fähig ist, in dem Lande die so benötigte Ruhe und Ordnung zu geben

Provinzial-Beitung.

Breslau, 4. Octbr. Herr Ober-Bürgermeister v. Forckenbeck ist gestern von Elbing hier eingetroffen und in Galt's Hotel abgestiegen.

Striegau, 2. October. [Bürgermeister Rauthe. — Kirchenmusik. — Grundbuchamt. — Thierärztliche Verein.] Nachdem unser Bürgermeister Rauthe, wie bereits berichtet, jetzt offiziell seinen Abgang erklärt hat, wurde in heutiger Stadtvorstandssitzung die Ausschreibung des vacanten Bürgermeisterpostens mit 1000 Thlr. Gehalt beschlossen. — Einen felsen Genuß brachte die von unserem wackeren Cantor Zimmer am vorigen Sonntag in der evangelischen Kirche unter Mitwirkung der Lehrer der Stadt und des Kreises, sowie des Gesangsvereins und des Sängerbundes arrangierte Musikaufführung, die durch ein gut gewähltes Programm von 14 Piecen sowohl im Orgelspiel als im Gesange das zahlreiche Auditorium wahrhaft erbaute. Der Vortrag wird für den Bestallungs-Berein und für den hiesigen Frauenverein verwendet. — Für das beim hiesigen Kreisgericht eingerichtete Grundbuchamt fungieren Kreisgerichts-Rath Goldstein als Grundbuchrichter und Rangle-Director Strähler als Grundbuchführer und ist dasselbe dem Publikum an den Vormittags-Amtsstunden geöffnet. — Dem hiesigen Thierärztlichen Verein, der jetzt allmonatlich seine Sitzungen abhält und der in der Neuzeit zwei Fälle arger Brutalität gegen Pferde mit Erfolg zur Befreiung demüthigt hat, ist von seinem Vorsitzenden eine Zuwendung von 25 Thlr. zugesprochen, welche, um das Wägenlegat von 200 Thl. ungeschmälert zu erhalten, neben den Vereinsbeiträgen zur Prämierung und Bestreitung der laufenden Ausgaben bestimmt ist. — Ein 19jähriger Maurergesell legte sich am vorigen Donnerstag in einen neuen Sarg, während ihm ein College die Leichenrede hielt. Dieser Scherz sollte drei Tage später zur Wirklichkeit werden. Sonntags erkrankte der junge Mann bei einem Tanz vergnügt und war bald darauf eine Leiche.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts Sternwarte zu Breslau.

October 3. 4.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	330 ⁴ / ₁₀ 42	330 ⁴ / ₁₀ 60	330 ⁴ / ₁₀ 64
Luftwärme	+ 16 ⁷ / ₁₀ °	+ 10 ⁸ / ₁₀ °	+ 8 ² / ₁₀ °
Wasserwärme	4 ⁴ / ₁₀ 10	4 ⁴ / ₁₀ 07	3 ⁴ / ₁₀ 71
Relativfeuchtigkeit	51 pCt.	80 pCt.	91 pCt.
Wind	S. 2	SO. 1	SO. 1
Wetter	heiter.	bölig heiter.	wolfig.

Breslau, 4. Oct. [Wasserstand.] D. B. 15.5 h. U. B. 1.5 h. — R.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegramm-Bureau.)

London, 3. Octbr. Bei Kerslebidge, nördlich von Carlisle, hat gestern ein Eisenbahnzug zusammenstoß stattgefunden, wobei 11 Personen getödtet und mehrere schwer verwundet wurden.

Kopenhagen, 3. Oct. Der dänische Reichstag wird am 7. d. M. durch den König in Person eröffnet werden. Der Kronprinz begiebt sich mit seiner Gemahlin am Tage vorher über Malmoe nach Stockholm; die Abreise des Großfürsten Thronfolgers mit seiner Gemahlin ist für den 8. d. M. festgesetzt.

Konstantinopel, 2. Octbr. Der Sultan hat heute den hiesigen zurückgekehrten französischen Völkern Bogue empfangen und demselben eigenhändig den Großcordon des Osmanle-Ordens übergeben.

Konstantinopel, 3. Octbr. Auf mehreren Völkern eingelangte Telegramme constatiren einen stattgefundenen Zusammenstoß zwischen Montenegrinern und Türken. Der „Lewat Herald“ meldet, die Pforte richtete lebhafteste Vorstellungen an den Fürsten von Montenegro und erklärte selbst für den Fall der Erneuerung der Ruhestörung verantwortlich. Eine der russischen Völkern zugekommene Depesche erklärt, daß die Türken die Angreifer gewesen wären. Eine von der russischen Völkern bei den Gelehrten der anderen Mächte beantragte Collectivnote an die Pforte wurde abgelehnt.

Bukarest, 3. Octbr. Fürst Carl ist gestern von Sinai hier eingetroffen, um das Obercommando bei den heute beginnenden großen Manövern zu übernehmen.

Kragujevac, 3. October. Fürst Milan von Serbien ist zur Eröffnung der Stupitsina in Begleitung des Ministerpräsidenten und des Ministers für die auswärtigen Angelegenheiten hier eingetroffen und von der Bevölkerung enthusiastisch empfangen worden.

New-York, 3. October. Der bisherige Gouverneur von Georgia Smith (Demokrat) wurde wiedergewählt; die demokratische Majorität wird auf 30,000 Stimmen geschätzt. — In Macon kam es bei Gelegenheit der Wahlen zu einem Kampfe zwischen Weißen und Negern. Ein Weißer und zwei Farbige blieben todt auf dem Platze, mehrere wurden verwundet.

Berlin, 3. October. Der Börsenbesuch war der hohen jüdischen Feiertage wegen nur ein sehr schwacher und verbot sich schon deshalb jede größere Lebendigkeit. Die wenigen Transaktionen, die stattfanden, enthielten jedoch keineswegs einer festen Tendenz, denn einerseits lagen bessere Notierungen von auswärtigen, andererseits vertrieben die Verhältnisse der heute publicirte Wochen-Ausweis der Preussischen Bank im Allgemeinen, den man ungünstiger erwartet hatte. Die Speculationspapiere hielten sich im Niveau ihrer gestrigen Notierungen, gingen aber nur in sehr mäßigem Betrage um. Lombarden behaupteten sich ziemlich gut, mochten österreichische Creditactien und Staatsbahn eher nachgeben mußten. Sehr gering war auch der Verkehr in österreichischen Bahnen, von denen allenfalls Galizier und Nordwestbahn als etwas lebendiger zu nennen wären. Oesterreichische Fonds zeigten sich auch heute lebhaft, Silber- und Papierrente konnten eine Coursavance durchsetzen, auch Staatspapiere blieben gut zu lassen, auswärtige Fonds gingen rege um, Amerikaner und Türken begehrt, auch höher, französische Rente gesucht. Von russischen Fonds, die ebenfalls meist höher notiren, traten Schatzscheine wie Bodencredit-Pfandbriefe in lebhaften Verkehr. Preussische und Deutsche Fonds, desgleichen Prioritäten fest aber still. Auf dem Eisenbahnenmarkt trat die feste Stimmung besonders zu Tage. Die schweren rheinisch-westfälischen Devisen blieben nicht ohne Erhöhungen, die allerdings keinen sehr großen Raum durchmachten, dann konnten einige schlesische Werthe, wie Oberschlesische, Freiburger, Rechte-Oberufer, anziehen, auch für Rumänen zeigte sich recht günstige Stimmung. Das Prämien-Geschäft blieb sehr still. Vantactien wurden nur in sehr beschränktem Maße umgesetzt, aber soweit hier von einer Tendenz überhaupt die Rede sein kann, war dieselbe fest. Baseler Vantactien 110⁴/₁₀ Gld., Dresdener Handelsbank 98⁴/₁₀ bez. u. G., Salsche Credit 104⁴/₁₀ bez. u. G., Warfauer Disconto 101⁴/₁₀ G., Indusirpapiere sehr still, Bauberein Friedrichshain 104 G., Wechsel wenig verändert. (Bank- u. H.-Z.)

Leipzig, 3. October. Garnmarkt. Der Markt war ziemlich stark besucht. Anfangs war regerer Begehr bei fester Tendenz, aber mäßigem Umsatz. Die Käufer wurden am Schluß zurückhaltend.

Paris, 2. October. [Börse.] Obgleich die Bank von Frankreich, wie sie verheißt, dem Markte mit einer bedeutenden Summe, man sagt 150 Millionen, zu Hilfe gekommen, so verlief doch die heutige Liquidation nicht ohne Schwierigkeiten und keineswegs zu Gunsten der Hausfrier. Die Reports stellten sich so: für 3 pCt. bis 30 Cent im Parquet und 32 in der Couffise, was einen Cours von 6⁴/₁₀ pCt. für den Reporteur darstellte; für die Neue Spoc. auf 17 Cent. Diese Rente hat besonders von der gewährten Hilfe profitirt. Man spricht von mehrfachen Executionen; vielleicht werden diese Gerüchte einigermaßen übertrieben. Die Effecten litten zumeist gleichfalls von der Waile der französischen Fonds.

Paris, 3. Octbr. [Bantausweis.] Baarvorrath 787 Mill., Zunahme 5 Mill., Zirkulation mit Ausnahme der gesetzlich verlängerten Wechsel 2227 Mill., Zunahme 31 Mill., Vorkasse auf Metallbarren 63 Mill., Abnahme 9⁴/₁₀ Mill., Notenumlauf 2480 Mill., Zunahme 82 Mill., Guthaben des Staatschätze 448 Mill., Abnahme 83 Mill., Laufende Rechnungen der Staatschätze 259 Mill., Zunahme 19 Mill.

Paris, 3. Octbr. [Bantausweis.] Total-Reserve 9,021,697 Ffr. Notenumlauf 27,134,755 Ffr., Baarvorrath 21,156,452 Ffr., St. 24,381,077 Ffr., St., Guthaben der Privaten 19,004,036 Ffr., Guthaben des Staatschätze 8,842,382 Ffr., St., Noten-Reserve 1,000,000 Ffr., St.

[Breslau-Warlsruher Eisenbahn.] Man erinnert sich des großen und berechtigten Aufsehens, welches die in der letzten außerordentlichen General-Versammlung der Actionaire der Breslau-Warlsruher Eisenbahn diskutierten Finanzoperationen machten und die schließlich von einer durch den Verwaltungsrath gebildeten Majorität auch gebilligt wurden. Wie die „B. B.-Z.“ hört, hat das Handelsministerium als staatliche Oberaufsichts-Behörde diesen finanziellen Plänen nunmehr seine Genehmigung verweigert und eine verbindliche Vorlage, für welche seinerseits die Grundzüge angegeben worden sind, verlangt.

Berliner Börse vom 3. October 1872.

Wechsel-Course.	Eisenbahn-Stamm-Aktion.
Amsterd. 250 Fl. 139 ³ / ₁₀ bz.	Aachen-Mascherich 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 2 M. 139 ³ / ₁₀ bz.	Berg-Märkische 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
Hamburg 300 Mk. 139 ³ / ₁₀ bz.	Berlin-Anhalt 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 2 M. 139 ³ / ₁₀ bz.	Berlin-Görlitz 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
London 100 Lst. 25 ⁴ / ₁₀ 60 ⁴ / ₁₀ bz.	Berlin-Hamburg 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
Paris 100 Fr. 25 ⁴ / ₁₀ 60 ⁴ / ₁₀ bz.	Berlin-Potsd. Magd. 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
Wien 100 Fl. 139 ³ / ₁₀ bz.	Berlin-Stettin 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 2 M. 139 ³ / ₁₀ bz.	Böhm. Westbahn 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
Angsb. 100 Thlr. 139 ³ / ₁₀ bz.	Breslau-Görlitz 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
Leipzig 100 Thlr. 139 ³ / ₁₀ bz.	Breslau-Hamburg 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 2 M. 139 ³ / ₁₀ bz.	Breslau-Potsd. Magd. 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
Frankf. a. M. 100 F. 139 ³ / ₁₀ bz.	Breslau-Stettin 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
Petersburg 100 Rbl. 139 ³ / ₁₀ bz.	Breslau-Westbahn 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
Warschau 90 Sil. 139 ³ / ₁₀ bz.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
Göteborg 100 Kr. 139 ³ / ₁₀ bz.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
Bremen 100 M. 139 ³ / ₁₀ bz.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.

Fonds und Gold-Course.	Eisenbahn-Stamm-Aktion.
Nordd. Bundes-Anl. 100% 101 G.	Aachen-Mascherich 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
Preuss. Staats-Anl. 100% 101 G.	Berg-Märkische 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1855/56 101 G.	Berlin-Anhalt 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1856/57 101 G.	Berlin-Görlitz 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1857/58 101 G.	Berlin-Hamburg 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1858/59 101 G.	Berlin-Potsd. Magd. 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1859/60 101 G.	Berlin-Stettin 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1860/61 101 G.	Böhm. Westbahn 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1861/62 101 G.	Breslau-Görlitz 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1862/63 101 G.	Breslau-Hamburg 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1863/64 101 G.	Breslau-Potsd. Magd. 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1864/65 101 G.	Breslau-Stettin 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1865/66 101 G.	Breslau-Westbahn 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1866/67 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1867/68 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1868/69 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1869/70 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1870/71 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1871/72 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1872/73 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1873/74 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1874/75 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1875/76 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1876/77 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1877/78 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1878/79 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1879/80 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1880/81 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1881/82 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1882/83 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1883/84 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1884/85 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1885/86 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1886/87 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1887/88 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1888/89 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1889/90 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1890/91 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1891/92 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1892/93 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1893/94 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1894/95 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1895/96 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1896/97 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1897/98 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1898/99 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1899/00 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1900/01 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1901/02 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1902/03 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1903/04 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1904/05 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1905/06 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1906/07 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1907/08 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1908/09 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1909/10 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1910/11 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1911/12 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1912/13 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1913/14 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1914/15 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1915/16 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1916/17 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1917/18 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1918/19 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1919/20 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1920/21 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1921/22 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1922/23 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1923/24 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1924/25 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1925/26 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1926/27 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1927/28 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1928/29 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1929/30 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1930/31 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1931/32 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1932/33 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1933/34 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1934/35 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1935/36 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1936/37 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1937/38 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1938/39 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1939/40 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1940/41 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1941/42 101 G.	Breslau-Zwickau 1870 1871 2 ¹ / ₁₀ 45 ⁴ / ₁₀ G.
do. 1942/43 101 G.	Breslau-Zwickau 1870